

*Ausschuss für
Menschenrechte*
Sitzung am: **28. März 2007**
Zu TOP 11

Ausschuss für Menschenrechte
16(17)0056 (NEU)
Aussch.Drucks. 16. Wahlperiode

Entwurf

**Interfraktionelle Erklärung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe erklärt zur Situation in Simbabwe:

Für Demokratie und Menschenrechte in Simbabwe

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe ist tief besorgt über die dramatische Verschlechterung der menschenrechtlichen Situation in Simbabwe. Die Regierung von Präsident Robert Mugabe verhält sich zunehmend autokratisch und wird immer repressiver. Gewaltsame Übergriffe von Sicherheitskräften auf Zivilbevölkerung und friedliche Demonstranten sowie willkürliche Festnahmen sind an der Tagesordnung. Hunger, eine extrem hohe Arbeitslosigkeit (80%) sowie ein rapider Währungsverfall mit einer Inflationsrate von bis zu 1.700 % prägen den Alltag. Die verfassungswidrigen Landenteignungen seit dem Jahr 2000 haben diese Probleme noch verschärft. Es besteht die Gefahr, dass der Überlebenskampf von 12 Millionen Menschen gewaltsam eskaliert. Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe begrüßt den von der EU-Kommission verabschiedeten Aktionsplan mit Hilfgeldern in Höhe von 8 Millionen Euro.

Die jüngsten Verhaftungen und Misshandlungen von Oppositionellen haben die Situation in Simbabwe weiter eskalieren lassen. Gefangene werden willkürlich gefoltert und misshandelt. Begründung für ihre Inhaftierung ist unter anderem, dass sie einer oppositionellen Bewegung angehören und angeblich die Regierung stürzen wollen. Oft wird ihnen aber auch vorgeworfen, selber Gewalt angewandt und so eine Gegenreaktion der Sicherheitskräfte hervorgerufen zu haben. Prominenteste Opfer sind Morgan Tsvangirai, Nelson Chamisa und Artur Mutambara. Beim Vorgehen gegen die Regierungskritiker wird nicht einmal mehr der Anschein eines rechtsstaatlichen Verfahrens gewahrt.

Morgan Tsvangirai und weitere Oppositionelle sind heute erneut festgenommen worden. Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe verurteilt dies aufs Schärfste und fordert die sofortige Freilassung der Oppositionspolitiker.

Es gibt kaum noch Rechtsanwälte und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, welche den Beschuldigten zur Seite stehen können, da ihre Arbeit durch Regierung und Sicherheitskräfte

erheblich behindert wird. Berichten zufolge konnten Rechtsanwälte ihre Mandanten vor Gericht nicht verteidigen, da sie am Vorabend des Prozessbeginns verhaftet oder so bedroht wurden, dass sie ihr Leben nicht riskieren wollten.

Im Mai 2005 fand die Operation „Murambatsvina“ („Müllentsorgung“) statt, bei der unter polizeilicher Anordnung ganze Stadtviertel vor den Augen ihrer Bewohner niedergerissen wurden. Laut Vereinten Nationen sind dabei ca. 700.000 Menschen obdachlos geworden, nach Angaben der simbabwischen Opposition handelt es sich sogar um 1,5 Millionen Menschen. Insgesamt waren laut VN-Bericht ca. 2,4 Mio. Simbabwer von den Folgen der Zerstörungs- und Vertreibungsmaßnahmen betroffen. Die Operation wurde ohne vorherige Warnung vollzogen; die Opfer erhielten keine angemessene Entschädigung. Der Zugang zu internationalen humanitären Hilfsmaßnahmen blieb den meisten Geschädigten aufgrund der Blockademaßnahmen der simbabwischen Behörden versperrt. Das brutale Vorgehen war offensichtlich eine Strafaktion für die Teile der Bevölkerung, welche bei den Parlamentswahlen im März 2005 nicht für Präsident Mugabe gestimmt hatten.

Als Reaktion auf die scharfe internationale Kritik startete die Regierung die Folgeoperation „Garikai“ („Schöner wohnen“). Im Zuge dieser zweiten Operation sollte sichergestellt werden, dass für die durch "Murambatsvina" obdachlos gewordene Bevölkerung neue Häuser errichtet werden sollten. Allerdings blieben diese Unterkünfte in den meisten Fällen Anhängern der regierenden Zanu-PF-Partei und Militärangehörigen vorbehalten.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe stellt mit Befriedigung fest, dass nach der jüngsten Gewalteskalation einige der Nachbarländer Simbabwes ihre bisherige Zurückhaltung aufgegeben haben und offene Kritik an Präsident Mugabe üben. Westliche Staaten hatten sich insbesondere von Südafrika erhofft, dass es seinen Einfluss auf Simbabwe mäßigend nutzen würde. Der aktuelle Vorwurf des südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki, die internationale Gemeinschaft habe gegenüber Simbabwe versagt, ist nicht nachvollziehbar und nachdrücklich zurückzuweisen. Kritik an Südafrikas Position wird dabei nicht nur von internationaler Seite, sondern auch innerhalb des Landes von der Opposition deutlich geäußert.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

- fordert die Regierung von Simbabwe auf, die Unterdrückung der Opposition unverzüglich einzustellen, das Ausreiseverbot gegen Oppositionspolitiker ganz aufzuheben und umfassende Maßnahmen zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung zu ergreifen;
- fordert die Regierung von Simbabwe auf, Morgan Tsvangirai freizulassen und seine körperliche Unversehrtheit zu garantieren;
- fordert die Afrikanische Union und insbesondere die Gemeinschaft der südafrikanischen Staaten (SADC) auf, die längst als unwirksam erkannte „Politik der stillen Diplomatie“ zu beenden und von der Regierung Mugabe unmissverständlich ein Ende der Repression und

der Menschenrechtsverletzungen zu fordern, auf Gespräche zwischen Regierung und Opposition zu drängen und Maßnahmen zur Wiederherstellung von Demokratie und Menschenrechten zu unterstützen;

- bittet die Bundesregierung, dem Hilfeersuchen der demokratischen Kräfte nachzukommen und sich im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft sowie der EU-Troika für einen demokratischen Wandel in Simbabwe einzusetzen;
- bittet die Bundesregierung, die Lage in Simbabwe im UN-Menschenrechtsrat zu thematisieren;
- dankt den in Simbabwe tätigen Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen für ihr Engagement für einen friedlichen Wandel in Simbabwe.

Berlin, 28. März 2007